

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 20

**Artikel:** Menschen ohne Zukunft  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093193>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ljubomir Matić zum Flüchtlingselend auf dem Balkan

## Menschen ohne Zukunft

Jeder vernünftig denkende Mensch hat noch vor gut einem Jahr bei der Einschätzung der Lage des damaligen Jugoslawien damit gerechnet, dass die ehrgeizigen Nationalistenführer trotz ihrer aggressiven Rhetorik bewaffnete Konflikte nicht riskieren würden. Kein politisches Ziel hätte unermessliches Leid und Zerstörung gerechtfertigt, meinten diese Beobachter.

Dabei wurde allerdings vergessen, dass diese Verfechter politischer Änderungen, die von Anfang an entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Politik ausübten, einem kommunistischen System entstammen und dementsprechend auch dessen Logik und Philosophie angenommen haben: Ebensovienig wie ihr Vorbild, das nicht davor zurückschreckte, elf Millionen Hungertote in Kauf zu nehmen, 14 Millionen in den sibirischen Gulag zu schicken und ganze nicht-russische Völker zwangsumzusiedeln, um die Macht zu erreichen, scheuten diese Leute Opfer, um die Idee ethnisch reiner und national homogener Staaten zu errichten.

### Erbe des Kommunismus

Im einstigen jugoslawischen Raum und in den Nachbarstaaten irren heute an die 2,5 Millionen Flüchtlinge umher — Heimatlose, Besitzlose, Arbeitslose, oft Familienlose, da die Verwandten umgekommen oder in den Kriegswirren verschwunden sind. Aufgrund ungefährender Schätzungen gibt es in Serbien 500 000 Flüchtlinge, in Kroatien 550 000, in Mazedonien 30 000, in Montenegro 43 000 (die montenegrinische Führung forderte aber inzwischen vom jugoslawischen Ministerpräsidenten Milan Panić «Hilfe für 50 000 Flüchtlinge»), in Slowenien 60 000 (wobei die Slowenen klagen, sie seien nur für 15 000 eingerichtet).

Zudem haben über 100 000 Flüchtlinge im weiteren Ausland Zuflucht gefunden. Die Zahlen divergieren allerdings sehr stark voneinander, nicht nur, weil die Lage teilweise unübersichtlich ist, sondern auch, weil es für solche Systeme symptomatisch ist, wo das individuelle Schicksal der

Politik untergeordnet wird und in der Masse hoffnungslos untergeht.

### Gezielter Terror

Einen bedeutenden, vielleicht sogar den Grossteil der Flüchtlinge bilden Menschen, die nicht freiwillig ihre Heimat verlassen haben, sondern durch gezielte Einwirkung der Behörden und durch Terror zur Flucht gezwungen worden sind, weil ethnisch reine Gebiete gewonnen werden sollten. An deren Stelle wurden Angehörige anderer Völkerschaften umgesiedelt, die laut Konzept ihrer Führer an den jeweiligen Orten vorherrschen sollten. Doch damit nicht genug: Um jede Rückkehr zu verunmöglichen, wurden die Heime, Häuser und Landgüter der Vertriebenen zuerst geplündert und dann völlig zerstört — man stellte sie nicht einmal den Neuzuzüglern zur Verfügung.

Da dieses Vorgehen gleichzeitig von allen Kampfseiten mehr oder minder praktiziert wurde, stellt sich die Frage, ob da nicht doch unter den Nationalistenführern geheime Vereinba-

rungen über die Aufteilung der Gebiete, vor allem in Bosnien-Herzegowina, getroffen worden sind. Gerüchten zufolge sollen tatsächlich bereits im letzten Jahr der Serbe Milosevic und der Kroatie Tudjman bei ihrem Treffen in Karadjordjevo entsprechende «Korrekturen» der Landkarte vorgenommen haben.

Ein Hinweis dafür mag die Gründung des «unabhängigen Herzeg-Bosnien» sein, ein Gebilde, das als kroatisches Gegenstück zur «Serbischen Republik Bosnien und Herzegowina» gelten sollte, die allerdings als «Staat aller dort lebenden ethnischen Gruppen», also nicht nur der Serben, proklamiert und deren «ruhiger» Zustand zu Propagandazwecken genutzt wird. Beide Nationalistenführer haben es denn auch vermieden, sich gegenseitig für die Errichtung solcher Staatsgebilde klar zu tadeln.

### Elend als Propagandamittel

All dies sind natürlich nur Mutmassungen. Sicher ist allerdings die Tat-

sache, dass alle Seiten, heute auch die muslimische beispielsweise in Bosnien und Herzegowina, über das Schicksal von Millionen Menschen entscheiden, denen die wahren Ziele verschwiegen werden, indem man sie als Mittel einer undurchsichtigen Politik missbraucht.

Und tatsächlich werden die Flüchtlinge immer mehr zu einer politischen Waffe, zumal ihnen unter den bestehenden wirtschaftlichen Bedingungen sowieso keine Seite helfen kann. Serbien und Kroatien kommen für ihre Lebensbedingungen nicht auf, gewähren ihnen dafür aber das Stimm- und Wahlrecht mit dem Kalkül, dass die Flüchtlinge ihre Hoffnung in die Wahl der Nationalistenführer setzen, die ihnen die Heimkehr versprechen.

### Zweckentfremdete Hilfsgelder?

In Kroatien wurde errechnet, dass ein Flüchtling den Staat 6,7 US-\$ pro Tag zu stehen kommt, weswegen eine Auslandhilfe im Wert von 61,5 Mio US-\$ angefordert wurde. Unklar ist



Bosnische Flüchtlinge setzen mit einem Boot nach Kroatien über (Foto: Keystone).

jedoch, wie die kroatischen Behörden auf einen solchen monatlichen Unterhalt von 201 US-\$ pro Flüchtling kommen; jedenfalls scheint er stark übertrieben zu sein, wenn man bedenkt, dass der monatliche Durchschnittslohn in Kroatien zwischen 60 und 70 US-\$ liegt, von dem erst noch laut offizieller Statistik durchschnittlich zwei Familienmitglieder leben müssen.

Es ist schwer zu glauben, dass die Flüchtlinge teurer leben als die einheimische Bevölkerung, wenn man berücksichtigt, dass diejenigen, die nicht sowieso eine Unterkunft bei Verwandten oder Freunden gefunden haben, bislang in verlassenen Kasernen, Campingplätzen, Sporthallen, leeren Hotels, auch in speziellen Flüchtlingslagern und in Eisenbahnwagons leben. Näher liegt hier die Vermutung, dass ein Teil der ihnen zugedachten Hilfe anderweitig abgezweigt werden soll.

Auch Slowenien fordert ausländische Hilfe, deren Betrag im Moment aber noch unbekannt ist. Dabei deutet es systematisch an, dass die 60 000 Flüchtlinge der Grund für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien, mit denen die Republik konfrontiert ist. Damit wird die Abneigung der Bevölkerung gegen alles Nichtslowenische geschürt. Diese Abneigung führt auch zur Praxis des Ausgehverbots für Flüchtlinge aus den Sammelslagern unter dem Vorwand, unter ihnen seien auch Verbrecher — eine zusätzliche Schikane für die ohnehin unglücklichen Menschen.

## Internationalisierung des Problems

Besonderen Schikanen sind in Slowenien und Kroatien die aus Bosnien und Herzegowina geflohenen Muslime ausgesetzt. Weder die Behörden in Ljubljana noch diejenigen in Zagreb wollen etwas von den Muslimen wissen, obwohl sich gerade das offizielle Kroatien im bosnisch-herzegowinischen Krieg gegen die serbische Bevölkerung auf deren Seite geschlagen hat. Um diese muslimischen Flüchtlinge loszuwerden, hat Kroatien an der internationalen Zusammenkunft für die Flüchtlingshilfe in Zagreb Anfang Juni sogar die Idee

der «Internationalisierung» der Frage lanciert. Dies mit der Begründung, Bosnien-Herzegowina sei jetzt ein unabhängiger, international anerkannter Staat, weshalb die Versorgung der Flüchtlinge aus diesem Staat eine internationale Aufgabe sei.

Dieselbe These hat der slowenische Vize-Ministerpräsident Jože Pučnik an einer Pressekonferenz in Wien vorgebracht: Slowenien sei, genau wie Österreich, Italien oder Belgien, ein Drittstaat und sei daher gar nicht verpflichtet, Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina aufzunehmen. Zugleich hat er Vorwürfe an weitere europäische Regierungen erhoben, dass sie nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen wollen, und schloss: «Wenn sich diese Staaten weiter so benehmen, wird Slowenien gezwungen sein, aus dem Standpunkt seiner Interessen heraus im Konflikt entsprechend zu handeln.» Dabei war Pučnik nicht bereit einzugestehen, dass nicht die anderen europäischen Länder, sondern gerade Slowenien und er persönlich zu den wichtigsten Anstiftern des jugoslawischen Dramas gehörten.

## Ungewisse Schicksale

Zum ständigen Propaganda-Krieg zwischen Slowenien und Kroatien gehört auch das menschenunwürdige Intermezzo im Juni um einen Zug voller bosnischer Flüchtlinge, der im Zagreber Bahnhof auf die Einwilligung der slowenischen Behörden zur Weiterfahrt wartete. Was dann schliesslich mit diesen Flüchtlingen, unter denen auch Neugeborene waren, geschah, ist unklar. Die erschütternden Bilder des überfüllten Wagens am kroatischen Fernsehen und in der Presse vermochten nicht über die Tatsache hinwegzutäuschen, dass auch die kroatischen Behörden nichts unternahmen, um mindestens vorübergehend das Los dieser Menschen zu lindern. Die slowenische Propaganda ihrerseits behauptete, die Zagreber Hilfe beschränke sich auf das Heranführen eines Wasser-schlauches von einem Bahnhofshydranten zum Zug.

Auch Serbien wurde unlängst mit einem solchen Problem konfrontiert:

2000 Muslime aus Bosnien waren über Serbien unterwegs an die ungarische Grenze, wo sie sich Aufnahme erhofften. Um das serbische Image in der Welt etwas aufzupolieren, versorgte Belgrad die Flüchtlinge vor laufenden TV-Kameras, Vertretern ausländischer karitativer Organisationen und der Presse. Eingestehen muss man hier freilich, dass laut offiziellen serbischen Angaben bereits 25 000 aus Bosnien und Herzegowina geflüchtete Muslime in Serbien leben, was als willkommener Beweis dafür dient, dass Serbien keine monoethnische Politik verfolge. Unter diesen Flüchtlingen befinden sich übrigens auch solche, deren Familienmitglieder in muslimischen und anderen Milizen gegen die Serben kämpfen.

## Verschärfung durch Wirtschaftsmisere

Die Versorgung der Flüchtlinge in Serbien wird, traurig aber wahr, der serbischen Bevölkerung überlassen. Fast 90 Prozent der Flüchtlinge leben bei Verwandten, Bekannten oder humanitär motivierten Menschen, die bereit sind, ihnen Kost und Unterkunft anzubieten, was allerdings keine Dauerlösung sein kann. Belgrads neue Bürgermeisterin, Slobodanka Gruden (bisherige Präsidentin des Roten Kreuzes Serbiens), erklärte laut Presseberichten, «dass sich das Problem der Flüchtlinge nur mit dem guten Willen der Bürger lösen lässt. Auch wenn die Belgrader mit ihrer Lage unzufrieden sind, müssen sie begreifen, dass die Solidarität die Grundbedingung des Bestehens ist.»

Damit bekennt sie sich auch zur Ohnmacht der Behörden bei der Hilfeleistung an die immerhin rund 150 000 «versetzten Personen», für die die Belgrader Bevölkerung zu sorgen hat. Der Staat, der «Schutz allen Serben» zu sein versprochen hatte, zeigt sich jetzt in organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht unfähig und wälzt seine Bürde auf die unschuldige Bevölkerung ab. So müssen beispielsweise die Bauern ein Prozent ihres gewonnenen Weizens an die Flüchtlinge abgeben. Die Flüchtlinge erhalten zwar monatlich Pakete mit 3 bis 4 kg Nahrungsmitteln, gelegentlich einer Seife, ge-

brauchten Kleidern vom Roten Kreuz und umgerechnet 5 DM.

Für diese Summe mussten die Flüchtlinge im vergangenen Winter bei fast zehn Grad unter Null stundenlang Schlange stehen. Diese Verteilung ist jetzt zwar besser organisiert, aber der niedrige Betrag ist geblieben. Das heisst für den Flüchtling, vom allfälligen Ersparten zu leben, das langsam ausgeht. Er ist damit praktisch auf die Barmherzigkeit desjenigen angewiesen, der ihn bei sich aufgenommen hat und dem die eigenen Mittel auch langsam knapper werden wegen der schlechten serbischen Wirtschaftslage, die durch die internationalen Sanktionen noch verschärft wird.

Was geschehen wird, wenn auch diese Mittel versiegen, weiss niemand. Und die Hoffnung, zuvor noch in die Heimat zurückkehren zu können, zerschlägt sich mit jedem weiteren Kriegstag mit seinem Terror, den Zerstörungen und den Eroberungen noch mehr.

## Verunmöglichte Rückkehr

Angesichts der immer schlimmer werdenden Wirtschaftslage in Serbien, aber auch in Kroatien und in Slowenien, angesichts der Tatsache, dass die Flüchtlinge wegen der ethnischen «Säuberungen» kaum mehr in ihre Heimat zurückkehren geschweige denn dort wieder eingegliedert werden können, stellen die Flüchtlinge jene Summe menschlichen Unglücks dar, vor denen die Protagonisten des Krieges die Augen verschliessen.

Und auch der UNPROFOR-Kommandant General Satish Nambiar meinte an einer Pressekonferenz in Zagreb: «Es ist unrealistisch, auf ihrer Rückkehr zu insistieren, wenn dafür die Voraussetzungen nicht gesichert sind. Sie wäre mit einem längeren Verfahren der gegenseitigen Vertrauensgewinnung und der Herstellung anderer, vor allem materieller Möglichkeiten verbunden.» So gesehen müssen die Flüchtlinge als ein «abgeschriebenes Volk» bezeichnet werden. ■